

Pressemitteilung

Rot-grüne Koalitionsgespräche in NRW:

Politikwechsel in der Energiepolitik muss Kohlekraftwerke stoppen

Campact-Aktive fordern ein Klimaschutzgesetz mit Neubaustopp für Kohlekraftwerke / Fünf Meter hoher „Kohlosaurus“ vor dem Verhandlungsort mahnt Ende für Dinosaurier-Technologie Kohlekraft an /

Düsseldorf, 24.06.2010. Zur zweiten Runde der Koalitionsverhandlungen forderten Aktive des Kampagnen-Netzwerks Campact SPD und Grüne auf, den versprochenen Politikwechsel auch in der Energiepolitik zu vollziehen. Sie demonstrierten vor dem Verhandlungsgebäude mit einem fünf Meter hohen „Kohlosaurus“ – ein Kohlemonster, halb Kraftwerk, halb Saurier – für Zukunft statt Kohle. Die Demonstranten verlangten, im Koalitionsvertrag ein Klimaschutzgesetz vorzusehen, das den Neubau von Kohlekraftwerken verhindert.

„Vor der Wahl sendeten sowohl Grüne als auch die SPD positive Signale für ein wirksames und verbindliches Klimaschutzgesetz. Jetzt müssen die künftigen Koalitionspartner den Neuanfang in der Energiepolitik einleiten und den Neubau von Kohlekraftwerken in NRW stoppen. Dabei hätten sie die breite Mehrheit der Einwohner Nordrhein-Westfalens hinter sich, denn 67 Prozent befürworteten Einschränkungen für neue Kohlekraftwerke“, so Ferdinand Dürr, Klimaexperte von Campact.

In Nordrhein-Westfalen sind derzeit noch neun Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau, darunter das gerichtlich gestoppte Eon-Kraftwerk Datteln IV. „Würden alle in NRW geplanten Kraftwerke ans Netz gehen, verhindern sie allein das Erreichen der Klimaschutzziele für die gesamte Bundesrepublik“, so Ferdinand Dürr. „Kohlekraft ist eine wahre Dinosaurier-Technologie, denn die Kraftwerke nutzen nicht einmal die Hälfte der Energie des Brennstoffs. Kohlekraftwerke sind unflexibel und können nicht auf die schwankende Stromerzeugung aus Sonne und Wind reagieren, was ihre Zukunftsfähigkeit vollends zerstört.“

In den letzten 24 Stunden erreichten die Verhandlungsdelegation der SPD über 30.000 Emails von Bürgern, die Kohlekraftwerke als „Klima-Killer“ ablehnen und dies im Koalitionsvertrag festgeschrieben sehen wollen. Vor der Wahl hatten sich die Grünen gegen neue Kohlekraftwerke ausgesprochen, die SPD dafür.

Informationen zur zitierten Emnid-Umfrage unter:
<http://www.campact.de/klima/meldungsportal27>

Weitere Informationen zur Kampagne:
<http://www.campact.de/klima/home>

Pressekontakt:
Ferdinand Dürr, Klimaexperte von Campact, 0176 - 21719335